

STELLUNGNAHME zum Antrag FDP -Gemeinderatsfraktion vom: 13.11.2015 eingegangen: 13.11.2015	Gremium:	20. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin: Vorlage Nr.: TOP: Verantwortlich:	26.01.2016 2015/0689 18 öffentlich Dez. 4
Eine Markthalle für Karlsruhe / Aufwertung der Kaiserstraße-Ost		

- Kurzfassung -

Die Verwaltung empfiehlt, von der Errichtung einer städtisch finanzierten Markthalle abzusehen.

Finanzielle Auswirkungen des Antrages				nein <input checked="" type="checkbox"/>	ja <input type="checkbox"/>
Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen/Erträge (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeinsparungen)		
-	-	-	-		
Haushaltsmittel (bitte auswählen)		Kontenart:			
Kontierungsobjekt: (bitte auswählen)					
Ergänzende Erläuterungen:					
ISEK Karlsruhe 2020 - relevant	nein <input checked="" type="checkbox"/>	ja <input type="checkbox"/>	Handlungsfeld: (bitte auswählen)		
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	nein <input checked="" type="checkbox"/>	ja <input type="checkbox"/>	durchgeführt am		
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	nein <input checked="" type="checkbox"/>	ja <input type="checkbox"/>	abgestimmt mit		

Bereits 1974 gab es Bestrebungen, einen Wochenmarkt in einer sogenannten Kleinmarkthalle im Rahmen der Altstadtanierung zu errichten. Aufgrund zu hoher Betriebskosten (damals 33.000 DM) bzw. eines zu hohen jährlichen Defizits (damals 128.000 DM) für die Unterhaltung entschied man sich, auf den Bau der Kleinmarkthalle zu verzichten und es wurde schließlich lediglich das bis heute existente "Sattler-Dach" errichtet. Eine Umsiedlung des Wochenmarkts "Kronenplatz" unter das "Sattler-Dach" fand ebenfalls nicht statt. Gründe hierfür waren vor allem die gute Anbindung des bestehenden Wochenmarkts an die Kaiserstraße und deren Straßenbahnverkehr.

Die letzte Initiative, eine Markthalle in Karlsruhe zu etablieren, erfolgte im Jahr 2002. Damals gab es Bestrebungen, die ehemaligen Geschäftsräume der Fa. Radio Freytag GmbH & Co. KG in der Karlstraße in eine Markthalle mit ca. 2.200 qm umzuwandeln. Als Mietpreis für Händlerinnen und Händler waren für eine Fläche von 20 qm etwa 900 DM pro Monat im Gespräch.

Diese Idee wurde damals von der Verwaltung begrüßt und unterstützt. Jedoch wurde auch betont, dass eine Markthalle nicht in städtischer Hand betrieben werden könne. Es kam letztlich zu keiner Umsetzung, da sich nicht genügend Interessenten finden ließen. Notwendig wären laut dem damaligen Investor 35 bis 40 Interessenten gewesen.

Erfahrungen anderer Kommunen zeigen, dass aufgrund der hohen Investitions- und Betriebskosten der Betrieb einer Markthalle mit hohen Defiziten verbunden ist. Nach Auskunft der Frankfurter Kolleginnen und Kollegen werden in deren Markthallen nicht die tatsächlichen, sondern subventionierte Mieten erhoben. Vergleichbare Mietpreise im Gebiet rund um die Kleinmarkthalle lägen bei 200 Euro pro qm. Tatsächlich werden in der Markthalle nur 30 Euro pro qm berechnet. Bei kostendeckenden Mieten sind Flächen für die Marktbesucherinnen und Marktbesucher nicht erschwinglich.

Ein ähnliches Bild zeigen auch die Erfahrungen anderer Städte. Dort können sich die Markthallen nur aufgrund der Gastronomiebetriebe bzw. Filialen großer Handelsketten halten (z.B. Markthalle Stuttgart, Schrannehalle München). In Berlin wurden zwei von drei Markthallen verkauft, da sie nicht rentabel waren.

Auch das Akquirieren neuer Wochenmarktbesucherinnen und -besucher gestaltet sich erfahrungsgemäß als schwierig. Als aktuelles Beispiel ist hier der Versuch zur Etablierung eines sogenannten „Slow-Food-Markts“ (in Zusammenarbeit mit dem Slow-Food-Convivum Karlsruhe) in Karlsruhe zu nennen.

Dieser sollte vor allem regionalen Selbsterzeugern die Möglichkeit bieten, auf einem Abendmarkt in der Oststadt Waren feilzubieten. Hierzu wurden ca. 50 Selbsterzeugerinnen und -erzeuger aus dem Stadt- und Landkreis Karlsruhe angeschrieben und deren Interesse zur Beschickung abgefragt. Rückmeldung erhielt die Verwaltung lediglich von fünf Angeschriebenen. Auch bereits vorhandene Wochenmarktbesucherinnen und -besucher konnten sich aufgrund ihrer historisch gewachsenen Abläufe nicht vorstellen, einen weiteren Markt zu beschicken.

All dies führt zur Annahme, dass sich auch die Vermietung von Markthallenflächen, speziell für den Bereich der traditionellen Wochenmarktbeschickung, schwierig gestalten würde.

Da das Risiko von zu subventionierenden Flächen weiterhin sehr hoch ist, empfiehlt die Verwaltung, von der Realisierung einer städtisch finanzierten Markthalle daher weiterhin abzusehen, aktuell auch verstärkt vor dem Hintergrund des angestoßenen Haushaltsstabilisierungsprozesses.

Ergänzend weist die Verwaltung darauf hin, dass der tiefer liegende Teil des Kronenplatzes an der Kaiserstraße nicht städtisches, sondern Eigentum des Landes und mit einer Tiefgarage unterbaut ist.